

GÄNSEJAGD

VERRAT DER CDU



Die langersehnte und vom Landwirtschaftsministerium verheißene Jagdzeit für die schadintensiven Bless- und Saatgänse in Niedersachsen ist auf den letzten Metern torpediert worden. Heiko Hornung und WuH-Korrespondent Markus Hölzel beleuchten die Hintergründe.

Mehr als drei Jahre nachdem die CDU das Landwirtschaftsministerium in einer großen Koalition mit der SPD übernommen hatte und versprach, die Gänseproblematik zu lösen, bleibt eine Jagdzeit auf Bless- und Saatgänse außer Sicht. Die Jagd auf Nonnengänse wird weiter mit hohen bürokratischen Hürden erschwert (s. WuH 4/2001, S. 68). Landesjägerschaftspräsident Helmut Dammann-Tanke sprach in der Verbandsgazette von einem „politischen Kuhhandel“ als Ursache der ausgebliebenen Jagdzeit und mutmaßte, sie sei auf Betreiben der Naturschutzverbände verhindert worden, die ihre endgültige Zustimmung zum Prestigeprojekt „Niedersächsischer Weg“ davon abhängig gemacht hätten. Mit dem „Niedersächsischen Weg“ hat die Landesregierung ein von Umweltverbänden, Grünen und Imkern initiiertes Volksbegehren für mehr Biodiversität abgewendet und sich dafür in den vergangenen Monaten selbst gefeiert. Ein Scheitern auf den letzten Metern hätte einen eklatanten Imageverlust bedeutet.

2014 hatte der grüne Landwirtschaftsminister Christian Meyer in Niedersachsen die Jagd auf Wildgänse per Verordnung drastisch eingeschränkt. Die Landesjägerschaft (LJN) sowie der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden (ZJEN) unterstützten in insgesamt neun Einzelverfahren die Klage dagegen. Nach dem Regierungswechsel 2017 übernahm Barbara Otte-Kinast von der CDU das Landwirtschaftsressort. Die Klagen wurden ruhend gestellt - in der Erwartung, dass die Ministerin, die selbst aus der Landwirtschaft kommt, die angespannte Situation der Landwirte an Nordseeküste und Unterelbe infolge ständig anwachsender Gänsecharen anerkennt und die Jagd auch auf Bless- und Saatgänse wieder freigibt.

Die beiden Verbände bezeichneten das Ausbleiben der Jagdzeit als „absolut nicht nachvollziehbar - weder wild-



ZJEN-Präsident Ehlen fühlt sich durch die Regierung verschaukelt, will den Kampf aber nicht aufgeben.

Foto: Reinold Becher

biologisch noch populationsökologisch“ - und zogen die Glaubwürdigkeit von Landwirtschafts- und Umweltministerium in Zweifel. Denn im September 2020 schien es noch so, als ob die beiden Gänsearten eine Jagdzeit erhalten würden. Ein abgestimmter Entwurf der beiden Ministerien hatte dies beinhaltet. Das Umweltministerium zog dann zunächst seine positive Einschätzung zum Erhaltungszustand der Blessgans zurück. Praktisch war, dass ausgerechnet in der Abstimmungsphase in Dänemark drei versehentlich erlegte Exemplare der stark bedrohten Zwerggans auf-

tauchten, die mit Blessgänsen verwechselt worden waren. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Die Verwechslungsgefahr mit bedrohten Arten und Mitgliedern zahlenmäßig nicht gesicherter Gänsepopulationen führt das Landwirtschaftsministerium auf Nachfrage auch als Hauptgrund für die weitere Vollschonung der fressenden Gänsecharen an.

Die Gänse sind nach Informationen aus gut unterrichteten Kreisen im Koalitionsausschuss der Landesregierung gelandet, der laut Koalitionsvereinbarung für „Angelegenheiten grundsätzlicher Bedeutung“ zuständig ist und in dem die beiden Parteispitzen Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) tagen. „Das war eine klassische Entscheidung nach dem Motto ‚Ober sticht Unter‘“, räumt LJN-Präsident Dammann-Tamke im Gespräch mit WILD UND HUND ein. „Die müssen am Ende den Koalitionsfrieden erhalten“, erklärt ZJEN-Präsident Hans-Heinrich Ehlen das Vorgehen auf Nachfrage. Die CDU-Landtagsfraktion habe über das Thema zwar diskutiert, aber keinen Beschluss dazu gefasst, so ein Sprecher. Althusmann war das Anliegen der LJN offenbar nicht wichtig genug. Damit sorgte der Parteichef für einen Eklat, indem er nicht nur den LJN-Präsidenten, sondern auch seinen Fraktionsvize und agrarpolitischen Sprecher Dammann-Tamke düpierte. Auch der ehemalige CDU-Minister und ZJEN-Präsident Ehlen wurde vor den Kopf gestoßen. Mit der Ankündigung „Wir müssen am Ball bleiben“ sagt er seiner Parteispitze den Kampf an. Einige der ruhenden Verfahren will man vor dem Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht reaktivieren. Diese werden voraussichtlich für weiteren Streit zwischen der CDU und dem Nutzerbündnis sorgen.



Gänse werden in Niedersachsen zunehmend zum Problem für die Landwirte.



Foto: CDU Niedersachsen



CDU-Fraktionsvize und LJN-Präsident Helmut Dammann-Tamke wurde von seinem Parteifreund Bernd Althusmann getunnelt.